



Für einen Neuen Generationenvertrag

Thesen der IG Metall für den Neuaufbau einer solidarischen und verlässlichen Alterssicherung

Alterssicherung in der Krise

Das System der Alterssicherung in Deutschland steht vor tief greifenden Problemen, die es in seiner heutigen Struktur nicht mehr bewältigen kann. Veränderte Erwerbsbiographien, Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt (anhaltende Arbeitslosigkeit, expandierender Niedriglohnssektor usw.) und die Verschiebungen im Altersaufbau der Gesellschaft sind große Herausforderungen.

Bislang reagierte die Politik vor allem mit Leistungskürzungen, (Teil-)Privatisierungen und einer Anhebung der Regelaltersgrenzen (z. B. Rente mit 67). Sie wirkte damit eher als Problemtreiberin statt als Problemlöserin:

- Die Renten-„Reformen“ der letzten Jahre senken das Versorgungsniveau im Alter drastisch, eine Lebensstandardsicherung im Alter rückt für viele in weite Ferne; die Gefahr der Altersarmut steigt, immer mehr Menschen werden Schwierigkeiten haben, eine Rente oberhalb der Grundsicherung („Sozialhilfe im Alter“) zu erreichen;
- die heutigen Systeme der betrieblichen Altersversorgung und der Privatvorsorge können die Versorgungslücke in vielen Fällen nicht schließen;
- die Belastung der Beschäftigten durch Rentenversicherungsbeiträge und private Vorsorgeleistungen wird weiter steigen und die Aufteilung der Tragelast zwischen Kapital und Arbeit wird immer ungerechter;
- ein flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben wird wegen geringer Renten und steigender Altersgrenzen immer schwieriger.

Unter diesen Bedingungen werden Versorgungsprobleme und Verteilungsungerechtigkeit das Ansehen der gesetzlichen Rentenversicherung – vor allem in den jüngeren Generationen - weiter untergraben! Die Rentenversicherung steht vor einer Existenz bedrohenden Akzeptanzkrise. Detailkorrekturen am bestehenden System reichen nicht mehr aus, es bedarf eines Neuaufbaus einer solidarischen und verlässlichen Alterssicherung!

Das Fünf-Punkte-Programm der IG Metall

Die IG Metall startet daher eine politische Initiative „Für einen Neuen Generationenvertrag“. Als Meilensteine auf dem Weg zu einer erneuerten Alterssicherung schlägt sie ein „Fünf-Punkte-Programm“ vor:

1. „Alle rein ins Solidarsystem“ – Für eine solidarische Erwerbstätigenversicherung

Die IG Metall fordert die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung. Prinzipiell sollen alle Erwerbstätigen in den Finanzierungs- und Solidarverbund des gesetzlichen Systems einbezogen und Versicherungspflicht und -schutz auf alle ausgedehnt werden.

Deshalb fordert die IG Metall:

- Die schrittweise Einbeziehung von Selbstständigen, Freiberuflern, Beamten, Parlamentariern und anderen Erwerbstätigen in eine Erwerbstätigenversicherung;
- Die Finanzierung über hälftige Beitragsleistungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern;
- Die Bemessung der individuellen Renten am beitragspflichtigen Einkommen.

2. Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung – beides muss drin sein

Auch als solidarische Erwerbstätigenversicherung wird die gesetzliche Rentenversicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die wichtigste Säule der Alterssicherung bleiben. Daher muss die gesetzliche Rente wieder einen deutlich höheren Beitrag zur Lebensstandardsicherung für alle Beschäftigten leisten. Um der massenhaft drohenden Altersarmut entgegen zu wirken, muss sie zudem ein angemessenes Versorgungsniveau bei Erwerbsunfähigkeit, für Langzeitarbeitslose und für Beziehende niedriger Einkommen sicherstellen. Zur Finanzierung stehen die erweiterten Beitragseinnahmen der Erwerbstätigenversicherung und die Bundeszuschüsse zur Verfügung. Diese wären um weitere Steuermittel zur Finanzierung der armutsvermeidenden Komponenten zu ergänzen.

Deshalb fordert die IG Metall:

- die Wiederankopplung der Renten an die allgemeine Einkommensentwicklung;
- die Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente;
- höhere Beitragsleistungen für Langzeitarbeitslose;
- die Aufwertung niedriger Rentenversicherungsbeiträge aus Steuermitteln (Rente nach Mindesteinkommen);
- die Anhebung der Grundsicherung im Alter.

3. Betriebsrenten für alle

Auch in Zukunft wird der betrieblichen Altersversorgung ein Teilauftrag bei der individuellen Sicherung des Lebensstandards zukommen. Um die Leistungen der Erwerbstätigenversicherung zu ergänzen, soll die *betriebliche Altersversorgung* zu einem alle Beschäftigten erfassenden System ausgebaut werden.

Deshalb fordert die IG Metall:

- eine Pflicht der Arbeitgeber, Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung anzubieten („Arbeitgeber-Obligatorium“);
- eine Arbeitgeber-Beteiligung an einer Privatvorsorge der Beschäftigten in den Fällen, in denen dem Unternehmen die Einrichtung eines betrieblichen Systems nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

4. Flexible Altersübergänge ermöglichen und auf „Rente mit 67“ verzichten

Die Streichung von Rentenarten und die Anhebung der Altersgrenzen machen deutlich, dass die Politik in der „Rente mit 67“ den anzustrebenden Regelfall sieht. Eine solche „Einheits-Rente mit 67“ entspricht jedoch weder den betrieblichen Realitäten, noch den Bedürfnissen der Menschen. Zwar ist ein vorzeitiger Austritt für langjährig Versicherte nicht ausgeschlossen, er wird aber durch die Senkung des Rentenniveaus und die Abschläge massiv erschwert. Die IG Metall setzt dem die Philosophie sozial flankierter, unterschiedlicher Ausstiegs-Optionen bis zum und vor dem vollendeten 65. Lebensjahr entgegen.

Deshalb fordert die IG Metall:

- die Fortführung der öffentlichen Förderung der Altersteilzeit;
- den erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente;
- den Verzicht auf die „Rente mit 67“.

5. Guter Lohn für gute Rente

Die Arbeitsmarkt- und die Einkommensentwicklung haben entscheidenden Einfluss auf das Niveau und die Funktionsfähigkeit der Alterssicherung. Armuts-Biographien im Erwerbsleben werden auch in einer Erwerbstätigenversicherung zu Sicherungsproblemen führen können. Sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse und faire Einkommen bleiben unverzichtbare Elemente einer Politik der Armutsvermeidung im Alter.

Deshalb fordert die IG Metall:

- Sozialversicherungspflicht - prinzipiell - aller Beschäftigungsverhältnisse;
- die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen;
- eine verteilungspolitische Wende in der Aufteilung des Volkseinkommens im Sinne von mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Rentenpolitischer Dialog

Die IG Metall greift Zukunftsprobleme im Feld der Alterssicherung auf und will einen Beitrag zur Fortentwicklung des Rentensystems in Deutschland leisten. Sie engagiert sich für eine nachhaltige und tragfähige Lösung auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Dialogs im Sinne eines „gesellschaftlichen Kooperationsprojekts“.

Deshalb ergreift die IG Metall die Initiative, um mit anderen gesellschaftlichen Akteuren eine Debatte zu führen, die darauf zielt:

- den Ausgleich zwischen den Generationen zu befördern, statt Jung gegen Alt auszuspielen;
- die Bedürfnisse großer Bevölkerungsteile aufzugreifen, anstatt die Anlageinteressen der globalen Finanzmarktakteure zu bedienen;
- einen gesellschaftlichen Konsens für eine erneuerte solidarische und verlässliche Alterssicherung herzustellen.